

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, C. L. Damm,
Invalidentank. Berlin Bernh. Arnst, May Gerlingmann,
Eberfeld W. Thienes. Greifswald C. Mies. Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Nach dem von Dr. Suchsland erstatteten Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl auf 199 000 angewachsen. In diesem Jahre traten 24 000 aus und 25 000 ein, wovon sehr viele aus dem Westen. In der Gesamtzahl finden 2 v. H. Großgrundbesitzer enthalten.

Im weiteren Verlauf der Versammlung traten eine große Anzahl Redner auf, welche sich fast durchweg sehr ungünstig über die Regierung und die Minister aussprachen und oft neben lebhaftem Beifall auch Pfui-Ause zu hören bekommen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen, welche die Forderungen des Bundes zum Ausdruck bringt: 1. Der Bund der Landwirthe nimmt zu den sogenannten großen Mitteln die nachfolgende Stellung: a) Der Bund der Landwirthe steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Kornbau die natürliche Grundlage der deutschen Landwirtschaft bildet und daß von den zu seiner Erhaltung und Hebung vorgeschlagenen Mitteln der Geleketenwurf über die Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe zu einem schnellen und sicheren Erfolgre führen werde. Wir beklagen die schroffe Zurückweisung unserer Anträge seitens der verbündeten Regierungen, insbesondere seitens des preussischen Landwirtschaftsministers, um so mehr als von denselben nicht beliebt worden ist, in eine sachliche Beurtheilung der von uns vorgebrachten Gründe einzutreten. Die Ausführungen der Vertreter der verbündeten Regierungen haben unsere Ueberzeugung von der Durchführbarkeit und Wirksamkeit der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu erschüttern vermocht. b) Der Bund der Landwirthe bewaert es auf das Beste, daß, obwohl die Landwirtschaft in allen Goldwährungsänderungen schwer unter dem Druck der Währungsverhältnisse leidet, bei der Erklärung des Herrn Reichskanzlers im Reichstage die deutsche Landwirtschaft nicht einmal erwähnt ist. Der von den verbündeten Regierungen zur Lösung der Währungsfrage eingeschlagene Weg konnte nur zu einem Mißerfolge führen und muß den Eindruck erwecken, daß eine Lösung zur Zeit nicht gewünscht werde. Der Bund der Landwirthe ermahnt, daß die verbündeten Regierungen unverzüglich und mit aller Kraft an die Lösung der Währungsfrage herangetreten werden, sobald von Seiten Frankreichs, Nordamerikas oder Englands die Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten, vorliegt. c) Die Forderung einer gründlichen Reform der Börse ist allgemein als begründet anerkannt. Weder der hierzu von den verbündeten Regierungen vorgelegte Geleketenwurf noch das Auftreten der Vertreter derselben bei den Beratungen der Reichstagskommission kann den berechtigten Forderungen genügen. Das Differenzspiel in Getreide und Mühlenfabrikaten ist zu verbieten. 2. Was die sogenannten kleinen Mittel betrifft, so kann der Bund der Landwirthe von der Durchführung derselben einen bedeutsamen Erfolg nicht erhoffen. Der Bund wird trotzdem nur seinerseits geeignete Vorschläge in dieser Richtung machen, sondern auch die von anderer Seite gemachten eingehenden Prüfung unterziehen. Wir erwarten von den zu ihrer Verabreichung berufenen Körperschaften, daß auch sie dieselben in dem oben gekennzeichneten Sinne prüfen und dementsprechend deren schnelle Durchführung betreiben.

erschäft das „B. L.“ folgendes Telegramm aus
 Pishkoppel, 18. Februar:
 Ueber die angebliche Verschwörung gegen
 den Sultan kann ich noch folgende sichere Mit-
 theilungen machen: Die drei nach Medina ver-
 bannten Eunuchen heißen Musaffer Aga, Tahsin
 Aga und Faki Aga; sie waren beschuldigt, ein
 Komplott gegen den Sultan unterstellt zu haben.
 Die Drei waren in Tichamidschä neben Statari
 anscheinend zum Besuch bei der Familie des ver-
 storbenen Wachunda Pascha von Tunis. Sie so-
 lchen sie dort häufig und stets auffallend lange.
 Die Spione wollen daseibst auch Offiziere und
 solche Personen bemerkt haben, die zur sogenann-
 ten Jungtürkenpartei zu zählen wären. Ticham-
 idschä ist der Wohnort vieler Prinzen. Es fiel
 auf, daß die drei Eunuchen, deren Dienst ihr
 Bekanntheitsein nur äußerst selten ermüdet, sich
 hier so häufig und so lange aufhielten. Die
 Spione meldeten dies eines Abends nach Yodib
 und fügten hinzu, ein politisches Geheimcomité
 wäre entdeckt.

Eine Vision behauptet auch, daß er im Auftrag eines hohen Palastbeamten gehandelt habe, dem der Einfluß der verbannten Eunuchen unbecommen gewesen sei. Geridun Bey, Sohn des Handelskammerdirektors im Arbeitsministerium Ismael Haffi Bey, soll ein erbärmliches Renomme besitzen; wegen Sittenlosigkeit soll er aus der Galata-Messore ausgetrieben und später aus Paris auf Veranlassung des damaligen Gestandten Cassat Pascha abgehoben worden sein, weil er in seiner Uniform trunken mit Dinen in Kneiplokalen herumgezogen. Die Untersuchung in der Angelegenheit fürchtete Jaz Bey, des Sultans vielgenannter Günstling; in Folge der Untersuchung wurden Anfangs neue Verhaftungen in den Kreisen, mit welchen die Beschuldigten verkehrt haben, vorgenommen. Alle Kreise blieben die Furcht; die Prinzen, hohe Paschas, Alles kam in Veracht, man zitterte vor der schmerzlichen Untersuchung. Am Ende ergiebt die Untersuchung nur, daß Muzaffer Aga, der mit dem ebenfalls verhafteten Hussein Bey zusammen im Serail erzogen worden ist, seinem alten Freunde einen harmlosen Besuch abgestattet und dabei seine beiden Freunde Tashin und Faki mitgeführt. Nach etwa zehntägiger Haft in Jiddiz wurden die meisten Verhafteten wieder freigelassen, auch die drei Eunuchen wurden freigegeben, allein sie weigerten sich, ihren Dienst wieder anzutreten, nachdem solchen Beschuldigungen gegen sie der geringste Glaube geschenkt worden war. Sie erhielten hierauf ihren Wohnsitz in Medina angewiesen; Muzaffer und Tash geöfneten zu den wichtigsten und einflußreichsten Beamten in Jiddiz, da sie abweichend den Dienst hatten, wenn der Sultan der Ruhe pflegte."

Berlin, 19. Februar. Dem Abgeordneten von Benda wurden gestern anlässlich der Feier seines achzigsten Geburtstages mannigfache Ehrungen zu Theil. Der Kaiser sandte aus Hohenortsdorf ein in warmen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm und ließ den Rothen Adlers-Orden zweiter Klasse überreichen. Fast alle Fraktionen des Reichstages, auch die des Centrum, ließen am Vormittag durch Abgeordnete Glückwünsche darbringen. Die Wohnung des Jubilars gieng einem Blumenhain, ganz herrliche Arrangements hatten die engeren Freunde beigesteuert. Von Nag und Fern liefen in großer Zahl Glückwunschtelegramme ein; am Abend und in der Wohnung des Jubilars eine klemmende Thierstätt, welche die Familiennmitglieder besuchte.

— Graf Doensbroeck sagt in seiner Zu-
schrift an die „Köln. Ztg.“, er habe sich be-
flüchtigt gehalten, den Windthorst'schen Aus-
spruch zu widerlegen; das Centrum bräute sich damit,
trotzdem und überall nur für die Wahrheit zu
kämpfen; wenn nun bei einer solch' feierlichen,
öffentlichen Gelegenheit, wie die damalige in Köln,
der anerkannte Führer und Sprecher dieser
Wahrheitspartei sich der geringsten Lüge freier-
te und zwar in solch' trivialer Weise, so werfe das
in solch' charakteristisches, grelles Licht auf die
Partei, ihre Mittel und Triebfedern, daß es zur
historischen Notwendigkeit werde, solch' bezeich-
nenden Ausspruch zu veröffentlichen. Graf Doens-
broeck bemerkt, nicht er habe den Todten schmähen
wollen, sondern der Abgeordnete Lieber habe
es gethan, indem er ihm erst nach dem Tode
Windthorst's unter formeller Verifikation der
Richtigkeit den Ausspruch Windthorst's mittheilte.

— Die Stellung der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses zum Lehrerbefolgungsgesetz kennzeichnet ein Brief, den der Abg. von Buttamer-Blauth auf eine Anfrage an den Ehrendirektor in Ebing gerichtet hat. Darin heißt es u. a.:

„In der konservativen Partei herrscht volles Verständniß für die Lage der Lehrer. Man ist geschlossen, alles zu thun, um das Geſetz zu Stande zu bringen. Die Bedenken wegen gleichzeitigen Vorlesens eines allgemeinen Schulgesetzes sind vollständig in den Hintergrund getreten. Selbst für den Fall, daß das Centrum gegen das Geſetz stimmen sollte, ist dessen Annahme wohl gesichert, obwohl manche Vertreter größerer Städte dagegen stimmen werden.“

Die Abtheilung Berlin der deutschen
olonialgesellschaft hielt am Montag Abend im
olonialeim ihre Jahresversammlung ab, in
elcher der Jahresbericht erstattet und die Wahl
um fünf Vorstandsmitgliedern für ebenso viele
atutenmäßig ausgedehnte vorgenommen wurde.
as Ergebnis des Abends war, daß Dr. Karl
eters an Stelle des Prinzen von Arenberg
im ersten Vorstehen gewählt wurde, worauf
in großer Theil der einflussreichsten Mitglieder
der Abtheilung Berlin sofort ihren Austritt
erklärte.

— Ueber den im Reichsamt des Innern vorbereiteten Gesetzentwurf zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes will die „Deutsche Warte“ aus einer Unterredung eines Freundes des Blattes mit dem Ministerial-Direktor von Woedke einige wesentliche Punkte mittheilen können:

„Zunächst ist eine durchgreifende Vereinigung des Markenlebens ins Auge gefaßt. Der mit der Versicherung betraute Arbeitgeber soll künftig einen größeren Zeitraum als eine Woche für das Einkleben der Marken erhalten, so daß namentlich die Industriellen mit größerer Arbeiterzahl das Versicherungsgeschäft mehr summarisch, etwa am Ende eines Monats oder Quartals, abmaden können. Zu diesem Zwecke sollen, wie bei den Postmarken, im Gegensatz zur wöchentlichen Wochenmarke mehrwertige Versicherungsmarken hergestellt werden, gültig für einen Monat, ein Quartal oder mehr. — Für die versicherten sind namentlich folgende Vereinigungen von großer Tragweite: die Markteigenschaft abgerundet werden, und zwar dadurch, daß der Begriffsumschuß von einem Beitragsjahr auf einen Kalenderjahr zu beseitigen ist. Ferner ist die lästige Zusatzmarke bei freiwilliger Versicherung ganz und, soweit als möglich, alle anderen Bescheinigungen über geleistete Arbeit zu entfallen. Dann soll die umständliche und oft kostspielige Aufbewahrung der besetzten Einzelmarken durch Anlegung von Sammelmarken seitens der Versicherungsanstalten beseitigt und das Versehen bei Bemessung von Renten durch Verzicht auf die Aussage von Vertrauensmännern und der Verwaltungsbehörden beseitigt werden, um im Falle der eintretenden Bedürftigkeit, sowie in unvorhergesehenen Fällen augenblickliche Hilfe zu schaffen. Auch eine Herabsetzung der Beiträge steht der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Absicht vor, die Bildung von besonderen Reservefonds bei den Versicherungsanstalten fortfallen zu lassen. Wegen schon dieser Reorganisations der „Alters- und Invaliditätsversicherung“ sehr bedeutende Erleichterungen, so geht die Regierung in ihrem letzten Entschluß noch weiter: es soll mit der Zeit dahin gearbeitet werden, daß das Publikum das Geschäft der Lebensversicherung gänzlich entbehren wird, indem die Versicherungsämter den zu versichernden Betrag haar entgegennehmen und ihrerseits die Marke lediglich als Quittung in die Quittungsbücher einleiten.“

Köln, 18. Februar. Die hiesige „Volks-
zeitung“ meldet aus Rom: Im Vatikan ist man
über die demonstrative Vertretung Frankreichs
der Umfassung des Prinzen Boris in Sofia
trübs. Man hätte nicht geglaubt, daß Frank-
reich, welches das Protektorat über die Katholiken
Orients behauptet, die Russenliebe so weit
gehen würde.

Rüben, 18. Februar. Der Anschlag der
heitlichen Versicherungsanstalt für Invaliden-
und Altersversicherung beschloß in heutiger
Versammlung die Vergrößerung der Kassenheil-
anstalt in Andreasberg um das doppelte. Ge-
nommen wurde auch die Erhaltung von Heilmitteln
Genesende an der See. Dem Vorstand der
Versicherungsgesellschaft wurde für die beiden
hiesigen Sätze die Summe von 500 000 Mark
bewilligt und zur Anstellung an die Genossen-
schaften zur Errichtung von Arbeiterwohnungen
Verfügung gestellt.

Wien, 18. Februar. Heute Nachmittag
die feierliche Beisetzung des verstorbenen
erzhochwürdigsten Prinzen zu Hohenlohe-Schillings-
gräf statt. Eine Abtheilung Truppen unter dem
Befehl des Prinzen Josef zu Windischgrätz gab
den Verstorbenen das Ehrengeläch. In der Kar-
thauskirche, in der die feierliche Einsegnung
 stattfand, waren anwesend: Kaiser Franz Josef,
Erzherzoge Otto, Ludwig Viktor, Josef Fer-
dinand und Friedrich, der Herzog Gnst Günther
Schleswig-Holstein, der Herzog von Cumber-
land, der deutsche Reichskanzler Fürst zu Hohen-
hausen, der deutsche Botschafter in Wien Graf zu
Hohenhausen, dieer als Vertreter des deutschen
Kaisers, der bairische Gelehrte der Freiherr von
Humboldt als Vertreter des Prinzregenten von
Bavarn, Graf Goluchowski, Graf Bardeni, Baron
Lützow und andere Minister, der Kardinal-Prä-
sident von Oesterreich Dr. Grulich und der Nuntius Agliardi.
In der Karthauskirche bezeugte sich der größ-
te Theil der Leichengemeinde nach der Volkskirche, wo
den Leichnam abgeben wurden, und hierauf nach
St. Michael's Friedhof.

Wien, 18. Februar. Das Befinden des in
des bei Bozen seit Wochen an einem unheil-
lichen Lungenerkrankung darniederliegenden 23jährigen
Herzogs Albrecht Salvator, des Vaters des
erzherzoglichen Erbprinzen, verschlechterte sich
näh, daß das Ende täglich erwartet wird.
Zum Vörsitzhofmeister des kaiserlichen
früheren Ministerpräsidenten Fürst Alfred
Schwarzenberg bestimmt.

Wien, 18. Februar. Die Veröffentlichung englischen Bauschutzes über Armenien wird als höchst lächerlich bezeichnet. Die verbotenen Noten gäben kein vollständiges Bild von den Verhandlungen der Mächte über Armenien. Wichtige Unterredungen, die insbesondere für die Stellungnahme Goluchowski'scheidend waren, seien übergegangen. In Folge dessen entfällt das englische Bauschutz keinerlei Meinung darüber, daß die durch Goluchowski eingeführte gemeinsame Aktion der Mächte gegenüber der Türkei dem Bestreben entsprungen auf England, das durchaus ein bewaffnetes Vorgehen wollte, mächtig einzuwirken. Gleichwohl land war auch Österreich-Ungarn bemüht, das Land vor übereilten Schritten abzuhalten, und auch gelang. Man betont, die Absicht Österreich-Ungarns wäre von vornherein darauf gerichtet gewesen, ein Aufrollen der Orientfrage zu verhindern.

Wien, 18. Februar. In der heutigen Sitzung des Eisenbahnausschusses versagerte der abaministrirte Freiherr von Guttenberg, daß den Wünschen der Bevölkerung ohne Unterbrechung der Nationalität stets Wohlthun entgegenzubringen werde; er hoffe, demnächst wichtige Beschlüsse in Betreff des Ausbaues des Eisenbahnnetzes behufs Ergänzung der Ausfuhr- und Einfuhr-Verkehrslinien vorzulegen, falls das Parlament die geplante Aufnahme des Investitionsfonds genehmige.

Pest, 18. Februar. Mitglieder des vorerwähnten Reichstages, welche in der letzten Zeit vom Ministerium des Innern auf eine rumänische Exekutionen verurtheilt worden, sind in der heutigen Sitzung des Reichstages erschienen.

lichen in der zu Hermannstadt erscheinenden „Tribuna“ einen Aufruf, in welchem sie erklärten, daß sie nach wie vor auf dem Passivitätsprogramm vom Jahre 1881 verharren. Dieser Aufruf wird hier als Beweis für die vollkommene Spaltung zwischen einem Theile der unersöhnlichen Rumänen in Siebenbürgen und den führungsfähigen Rumänen angesehen, welsch letztere zur Bildung einer gemäßigteren rumänischen Partei Voben zu gewinnen streben.

Paris, 18. Februar. Ministerpräsident Bourgeois erklärte gestern beim Empfange einer Abordnung Deputirter der äußersten Linken, er wünsche Dienstag nicht interpellirt zu werden; er ziehe es vor, die Entschliebung des Senats abzuwarten.

Ein Ministerrath im Elysee besprach die politische Lage und erledigte die laufenden Geschäfte.

Lissabon, 18. Februar. Ein Telegramm des Madrider „Imparcial“ aus London hatte neuerdings von einer Schlappe zu melden geglaubt, die die Insurgenten in Goa den portugiesischen Expeditionstruppen in den Bergen von Satary beigebracht haben sollten. Die Nachricht lief hier große Beunruhigung hervor, obwohl der portugiesischen Regierung eine bestätigende amtliche Meldung nicht zugegangen war. Eine telegraphische Anfrage des Marineministers ergab denn auch die Grundlosigkeit des Gerüchtes. Nach der Antwort des Jahreshears hat sein denn 20. December vorigen Jahres überhaupt sein Zusammenstoß mit den Insurgenten stattgefunden. Im Allgemeinen aber scheint es in Portugiesisch-Indien denn doch noch recht bedenklich auszuweisen. Der Gouverneur hat die Zurückführung des in Goa befindlichen Kanonenboots „Luna“ vor Anfuhr des zum Feindes bestimmten „Tejo“ widerrathen und nicht neues Kriegsmaterial erbeten, sondern auch neue Truppenjungen, da ein großer Theil der vorhandenen portugiesischen Mannschaften krank in den Lazarethen liege, der kleine Rest auf zu viele Punkte vertheilt und auf die einheimischen Truppen kein Verlaß sei. Der Hauptgrund für die Fortdauer der aufständischen Bewegung ist, daß die Insurgenten sag, sobald sie zerstört werden, in das englische Nachbargebiet flüchten, und pöblich wieder hervorbrechen, wenn sie eine günstige Gelegenheit bietet. Der Aufstand wird nur dann zu bezwingen sein, wenn England sich herbeiläßt, seine Grenze zu sperren und die übergetretenen Rebellen zur Rückkehr in ihr Heimath zu nöthigen.

Christiania, 18. Februar. Gegenüber den
 herungen des Freiherrn von Nordenfjör
 heiter Mariens Privatsekretär Kandidat Chri
 stian in der Zeitung „Morgenadet“, Marien
 bühne mit seinem Schiff den 85. Grad und von
 dort mit Schritten den Nordpol erreicht haben.
 Die Vermuthungen hingen davon ab, ob die Eis-
 verhältnisse im Jahre 1893 besonders günstige
 waren. Daß dieses der Fall gewesen sei, be-
 zeichnen Berichte, nach welchen am 24. September
 1893 am 79. Grad Eis nicht angetroffen wurde.
 In diese Zeit könne Marien bereits den 85.
 Grad erreicht haben. Die Möglichkeit hierfür sei
 durch die Schnellfahrten der Riesen Lockheed
 und Papery bewiesen.

Der Staatssekretär der Kolonien Chamberlain erklärt im Unterhause, nach den neuesten Nachrichten seien 21 Mann der Streiftruppe von Amojens im Gefecht bei Krügersdorf getödtet worden oder später gestorben. 46 Mann seien erkrankt, theils verwundet ins Hospital gebracht worden. Ueber den Verluſt der Bürgerwappen liege keine offizielle Mittheilung vor. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Gurzon wies auf eine Anfrage, es sei nicht beabsichtigt, die Schriftstücke und den Schriftwechsel mit der jüngste Abkommen zwischen Siam und Frankreich vorzulegen. Ferner theilte Gurzon mit, hundert russische Matrosen seien am 10. d. in Siam eingetroffen und seien nach Siam abgegangen. Der König von Siam habe sich am 10. d. in die russische Gesandtschaft geflüchtet. Eine britische Truppenabtheilung, deren Zahl er nicht kenne, sei aus Wunsch des englischen Königs zum Schutze der englischen Gesandtschaft nach Siam geschickt worden. Als Grund für das Vorgehen des Königs werde eine politische Lage in Siam angegeben. Er (Gurzon) könne keine Familie angeben. Er (Gurzon) werde seinen Grund zu glauben, daß es sich um die Okkupation durch Rußland handle. Der russischen Regierung wurden keine Vorstellungen dieser Ansicht gemacht werden.

Petersburg, 17. Februar. Aus Jersutsk ist folgendes Telegramm des Redakteurs der „**Westlichen Mundschan**“ Popow vor: Der durch nachfol., von dem die Nachricht über Kamien kriecht, aus Jersutsk gefandte Bericht ist vollkommen glaubwürdig. Stuchmarow befindet sich in Jansk eine Baarenniederlage, die unter der Leitung seines Neffen steht. Dieser sandte wahr- scheinlich die Nachricht, die nach unseren Be- zeichnungen von Anfang Januar herkommen. Ob die Redaktion der „**Westlichen Mundschan**“, das Telegramm aus Jersutsk veröffentlichte, ist ihr Erkennen über den Ursprungsort des Telegrammes aus, aber bejaßt die Be- zeugung, weil sie der Glaubwürdigkeit Konstatir- traute. Inzwischen ist keine weitere Nachricht gegangen.

Mit dem Streik in der Konfektionsindustrie beschäftigten sich in Berlin am Dienstag 18 öffentliche Versammlungen der Konfektions Schneider und Näherinnen. Der Andrang war sehr groß, so daß mehrere Säle polizeilich geschlossen werden mußten. Der Gesamtbesuch bezifferte sich auf ca. 16 000 Personen, meist Frauen und Mädchen. Als Referenten traten einige Frauen und Leiter der Zentralorganisation, sowie zum ersten Male auch Leiter der Total-Organisation

auf. Im Saal von Nies, Weberstraße, sagte eine Rednerin: „Kolleginnen! Bisher habt Ihr gearbeitet und geburgert. Wollt Ihr nicht weiter hungern, so harrt aus! Mehr als verhungern könnt Ihr auch nicht!“ Die Unterstützungsfrage wurde in den meisten Versammlungen nur gestreift, man war ängstlich bemißt, ein näheres Eingehen auf diese Frage zu vermeiden. Es sollen etwa 30 000 Näherinnen und 10 000 Schneider im Auslande sein und der Fonds 13 000 Mark betragen; Unterstützungen werden noch nicht gezahlt. Am Mittwoch soll noch darüber beraten werden. Ferner wurde festgestellt, daß noch viele Näherinnen weiter arbeiten, theils weil sie nicht wissen, weshalb die Arbeit eingestellt wird, theils weil sie höhere Löhne zugiebigt erhalten haben u. s. w. Außerdem wurden, wie in den letzten Versammlungen, eine Menge Ausschreitungen Auszubildiger gegen die Arbeitenden zur Sprache gebracht. In einigen Versammlungen zeigte es sich, daß ein großer Theil der Gehörtenen weder die Forderungen der „Fünferkommission“, noch diese selbst, noch die Veranlassung zum Ausstand kannten, ihnen genügte, daß überhaupt die Arbeit eingestellt wurde, sie erwarteten offenbar, daß der Ausstand sich in die Länge zieht und daß sie unterstützt werden. Etwa hundert Meister haben sich der „Fünferkommission“ gegenüber bereit erklärt, den Arbeiterinnen höhere Löhne zu bewilligen; die Kommission soll aber abgelehnt haben. Sämliche Redner ermahnten die Auszubildigen anzugucken, sie müßten bei der Arbeit hungern und könnten nun auch mal ohne Arbeit darben. Einzelnen Arbeiterinnen wurde nachgewiesen, daß sie sich Ausstandskarten haben ausstellen lassen, aber trotzdem weiter arbeiteten. Die Meister, die jetzt noch arbeiten lassen, wurden einzeln namhaft gemacht und darauf hingewiesen, daß man auf diese ein aufmerksames Auge haben müsse. Die Fünferarbeiterrinnen haben es abgelehnt, sich dem Ausstande anzuschließen. Von den Verhandlungen, die am Mittwoch an vor dem Berliner Gewerbegericht im Rathhause im Bürgermale stattfinden sollen, verpricht man sich eine Beilegung des Ausstandes.

Die Schneidermeister der Herren- und Damenkonfektion haben sich ihren Kollegen in der Damen- und Mäntelbranche, die, wie bekannt ist, in den Ausstand eingetreten sind, nicht angeschlossen. Sie befürchten, daß die Berliner Herrenkonfektion, deren Bedeutung weit hinter die Berliner Damenkonfektion zurücksteht, einen verhängenden Schaden durch die jetzige Bewegung erleidet und sich nach der Provinz, wo die Herrenkonfektion eine größere Bedeutung hat, verlagert. Sie wünschen, daß sobald wie möglich Frieden geschlossen wird, womit beiden Theilen geholfen wäre.

In Stuttgart hat am Montag eine sehr reich besuchte Versammlung der Konfektionsarbeiter stattgefunden. Nachdem Frau Clara Seifin über den gegenwärtigen Kampf dieser Arbeiter gesprochen, gelangte eine Resolution zur Annahme, wonach sich die Anwesenden verpflichten, die ausständigen Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen mit aller Kraft moralisch und materiell zu unterstützen. Außerdem wird Herr A. U. der Bundesrath aufgefordert, von der ihm zustehenden Befugniß Gebrauch zu machen und die bezüglich der Beschaffenheit der Werkstätten für die Tabakindustrie geltenden Vorschriften auch auf die Konfektionsindustrie auszudehnen.

Stettin, 19. Februar. Am 27. Februar
ollendend der General der Artillerie und Chef
es 1. pommerschen Feld-Artillerie-Regiments
rt. 2. Hans Adolf Julius von Bülow sein
hzigstes Lebensjahr.
* Vermißt wird seit dem 15. d. M. der
Auguststraße 59 wohnhafte 21 Jahre alte
rbeiter Max Gert.

* Die Diebe, welche kürzlich auf der Rennbahn des Vereins für Radwettfahren einen Einbruch verübten, wurden durch die Kriminalpolizei ermittelt, es sind die Arbeitsburgen mit Miller und Karl Kamm. Dieselben wurden schon auf der letzten in verschiedenen Räuten des Westenviertels vorgekommen Diebstähle an Wasserständen ausgeführt haben.

* Gestern Abend um 7 Uhr rückte die Feuerwehr nach der Apfelallee aus, woselbst in der Wohnung des Hantjes Nr. 28 Kleidungsstücke und Betten in Brand gerathen waren. Beim Eintreffen der Feuerwehr war das Feuer bereits gelöscht.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden in Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch 1,50, Fuet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Koteletts 1,50, Schinken 1,40, und 1,30 Mark; Kalbfleisch: Koteletts 1,80, eule 1,60, Vorderviertel 1,30 Mark; Hammelfleisch: Koteletts 1,40, Steue 1,30, Vorderfleisch 1,00 Mark; geräucherter Speck 1,70 Mark per lb. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

* Die Hilfe der Sanitätswache nahmen in letzter Nacht zwei Personen in Anspruch, welche bei Kaufhändeln blutige Verletzungen davongetragen hatten.

— Nachdem die Fahrt von Stettin nach
winemünde eisfrei, ist seit vorgestern das
euer schiff „Swantewig“ wieder auf
inen Standort bei Riegenort verankert worden.

— Im Monat Januar betrug die Einnahme an Beschießstempelsteuer im Post- u. Direktions-Bezirk Stettin 8457,50 Mark, hierzu die Einnahme seit April v. J. mit 234,40, ergibt zusammen 77 691,90 Mark, gegen denselben Zeitraum des Vorjahres um 95,40 Mark weniger.

— In Folge mehrerer Anträge wegen ge-
stiger Einführung der obligatorischen
Impfung von rothverächigen Pfer-
den mit Mallein ist die technische Deputation
des Veterinärwesens zu einer gutachtlichen
Aussprechung darüber aufgefordert worden, welche
Folge die bekannten bisherigen Mallein-
impfungen im Allgemeinen gehabt haben, und
die gemachten Erfahrungen bereits genügen,
um über den Werth der Impfung als Mittel
zur Feststellung der Wostkrankheit an anfechtungs-
bedächtigen Pferden ein endgültiges Urtheil ab-
zugeben, oder ob es sich empfiehlt, noch weitere
Erfahrungen zu sammeln und zu dem Zwecke
auch ferner in geeigneten Fällen Impfungen

